



Mittagspost, Ausgabe 3/14

Ausschussarbeit

Innenminister Thomas de Maiziere stellte in der Ausschuss-Sitzung am Mittwoch seine Vorhaben für die 18. Wahlperiode vor. Im Bereich Sicherheitspolitik liegt der Focus endlich verstärkt auf der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Wohnungseinbrüche, KFZ - Diebstähle, Wirtschaftskriminalität sind Probleme, bei denen in der Bevölkerung schnell Verunsicherung entsteht. Das ist jahrelang völlig unterschätzt worden.

Wir haben im Ausschuss deutlich gemacht, dass wir uns gemeinsam um die anstehenden Themen kümmern werden, doch dabei das eigene Profil nicht außer Acht lassen. Die erste Nagelprobe ist die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft. Die SPD will das Integrationshemmnis beim Optionszwang, also der Wahl zwischen einer der beiden Staatsangehörigkeiten, abschaffen.

Jörg Radek und Sven Hüber (links im Bild) von der Gewerkschaft der Polizei, Sektion Bundespolizei, informierten mich und meinen Ausschuss-Kollegen Wolfgang Gunkel bei einem Besuch in Berlin über aktuelle Probleme. Die Bundespolizei bekommt immer mehr Aufgaben übertragen, zum Beispiel Objektschutz bei den Botschaften, doch es werden nicht in gleichen Maße mehr Kräfte eingestellt. Es fehlt an Manpower und an Geld und auch an Nachwuchskräften besteht dringender Bedarf. Das



wird uns im Innenausschuss beschäftigen. Sicherlich ist es an der Zeit, das Bundespolizeigesetz zu reformieren und klare Aufgabenbeschreibungen für die Bundespolizei zu finden.

Das Technische Hilfswerk THW hat den Abgeordneten des Bundestags Einblicke in die Arbeit und die verschiedenen Einsatzorte geboten. Es leistet der zeit noch technisch- logistische Hilfe auf den Philippinen, die von einem schweren Taifun betroffen waren und hilft bei der Versorgung syrischer Flüchtlinge. Der Einsatz des THW in den Hochwassergebieten im Sommer vergangenen Jahres hat vielen Menschen deutlich werden lassen, wie wichtig ehrenamtliche Arbeit ist. Der Anteil der Ehrenamtlichen ist seit Sommer 2013 bei THW angestiegen. Joachim Schwemmer, hier mit mir am Tisch der Niedersachsen, ist für die Jugendarbeit zuständig. und wirbt um engagierten Nachwuchs.

Das Technische Hilfswerk THW hat den Abgeordneten des Bundestags Einblicke in die Arbeit und die verschiedenen Einsatzorte geboten. Es leistet der zeit noch technisch- logistische Hilfe auf den Philippinen, die von einem schweren Taifun betroffen waren und hilft bei der Versorgung syrischer Flüchtlinge. Der Einsatz des THW in den Hochwassergebieten im Sommer vergangenen Jahres hat vielen Menschen deutlich werden lassen, wie wichtig ehrenamtliche Arbeit ist. Der Anteil der Ehrenamtlichen ist seit Sommer 2013 bei THW angestiegen. Joachim Schwemmer, hier mit mir am Tisch der Niedersachsen, ist für die Jugendarbeit zuständig. und wirbt um engagierten Nachwuchs.



Das Geld bestimmte viele emotional geführte Debatten in dieser Woche. Der Bundestag diskutierte über Steuerhinterziehung und die Regelungen zur Straffreiheit bei Selbstanzeigen. Die SPD plädiert für Verschärfungen bei dem Instrument der Selbstanzeige, denn Steuerhinterziehung ist weit mehr als nur eine kleine Sünde. Ein sensibles Thema ist die Frage der Abgeordnetenentschädigung, über die wir Parlamentarier selbst zu entscheiden haben. Das provoziert meist hämische Kommentare, als würden wir uns nur eigennützig in die eigene Tasche wirtschaften. Künftig wird sich die Bezahlung der Abgeordneten an dem sogenannten jährlichen Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes orientieren. Das monatliche Einkommen der Abgeordneten entspricht damit dem der Landräte oder Oberbürgermeister. Damit verbunden sind natürlich viele Termine im großen Wahlkreis, vielseitige Verpflichtungen und ein hohes Maß an Verantwortung. Das ist selbstverständlich bei so einer Aufgabe, die ich gern übernommen habe und die mir viel bedeutet. Ein geruhsames Wochenende wünscht

Eure

Im Bundestag debattiert

Letztmalig werden nach einem Beschluss des Bundestags bewaffnete deutsche Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan ISAF teilnehmen. Außerdem geht es um die Fortsetzung der Bundeswehrbeteiligung an der "EUTM Mali" längstens bis zum 28. Februar 2015. Dabei geht es ausschließlich um die Ausbildung malischer Soldaten und um Beratung. Kommende Woche gibt es dazu namentliche Abstimmungen.

Die Große Koalition verfügt über mehr als zwei Drittel der Bundestagsitze. Deshalb fordert die Opposition die Stärkung ihrer Minderheitsrechte. Es geht dabei um die Möglichkeit, Untersuchungsausschüsse einzuberufen oder Gesetzesänderungen zu beantragen. SPD und CDU haben der Opposition die Minderheitenrechte gesichert und ihnen mehr Rechte eingeräumt, als ihr aufgrund der gewonnenen Mandate zustehen würde. Außerdem soll die Opposition mehr Geld für ihre Arbeit bekommen, um z. B. Sachverständige einladen zu können. Allerdings werden diese Rechte in einer Geschäftsordnung verankert und nicht- wie von den Oppositionsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Linke gefordert, als Gesetz verabschiedet.

Auf Antrag der Partei „Die Linke“ stand die „Pille danach“ auf der Tagesordnung. Die Opposition möchte, dass dieses Notfallmedikament künftig ohne Rezept in der Apotheke zu bekommen ist. Die SPD ist auch dieser Ansicht und stellt sich damit gegen Gesundheitsminister Hermann Gröhe, der eine Freigabe ohne Rezept ablehnt. Unser Gesundheitsexperte Karl Lauterbach betont, dass das Medikament gut geprüft und sicher sei und deshalb Frauen in einer Notlage schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen solle. Es gab darüber keine Abstimmung im Parlament, der Antrag ist jetzt erst einmal in den Gesundheitsausschuss überwiesen worden.

In Berlin im Gespräch

Nach der Wahl ist vor der Wahl heißt es und so hat die neu gewählte Generalsekretärin Yasmin Fahimi bereits die Bundestagswahl 2017 im Blick. Sie will die SPD dafür breiter aufstellen, erklärte sie bei einem Vorstellungsbesuch in der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen. Niedersachsen sei für die SPD durchaus eine Region mit guter Präsenz und Akzeptanz, erklärte sie. Problematischer sieht es in den ostdeutschen Bundesländern aus. Fortgesetzt und auch intensiviert wird die Zusammenarbeit zwischen dem Willy-Brandt-Haus und der Bundestagsfraktion sowie den Landesgruppen.



Der Tag beginnt in Berlin häufig vor acht Uhr mit den Parlamentarischen Frühstück, zu denen Verbände und Organisationen einladen. In dieser Woche war ich bei der AWO und habe mit Wilhelm Schmidt, dem Präsidenten der AWO und für 2 Jahre Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Wohlfahrtspflege über die Situation für Migrantinnen und Migranten gesprochen. Noch sind Menschen mit Migrationshintergrund in den Wohlfahrtsverbänden nicht richtig angekommen. Pflege oder Hospizarbeit sind für sie jedoch genauso wichtig, und hier gibt es Entwicklungsmöglichkeiten, auch im Interesse der Wohlfahrtseinrichtungen. Das Thema ist wegen der Verbindung zu dem Migrationsthema im Innenausschuss angesiedelt und wird mich auch künftig beschäftigen.

Wieder einmal nachgerückt ist Gabriele Groneberg aus dem Wahlkreis Cloppenburg/Vechta. (Bild) Sie folgt auf Sebastian Edathy, der am Wochenende sein Mandat niedergelegt hat und nun wegen staatsanwaltlicher Ermittlungen im Visier der Öffentlichkeit steht. Am vergangenen Samstag war ich beim Ortsverein Dinklage zum Grünkohlessen, als mich die Nachricht erreichte. Mit Gabis Mandatsübernahme entfällt für mich die Betreuung im Bezirk Vechta.

Gute Stimmung, fröhliche Gesichter beim traditionellen Neujahrsempfang der Landesvertretung



Bremen in Berlin Hier mit Leiterin Ulrike Hiller Carsten, Sieling, Kirsten Lühmann

Im Wahlkreis unterwegs

Im Jahr 2008, 63 Jahre nach Kriegsende, beschloss die Innenministerkonferenz, die Rolle der Polizei in den 30er und 40er Jahren systematisch zu erforschen. Daraus wurde eine Wanderausstellung, die jetzt im Delmenhorster Rathaus zu sehen ist. „Ordnung und Vernichtung „ heißt sie und wurde von Innenminister Boris Pistorius als Schirmherr eröffnet. Die Ausstellung wurde von der Hochschule der deutschen Polizei erarbeitet und macht deutlich, dass die Polizei unter den Nazis zum Herrschaftsinstrument wurde. Sie ist bis 28. Februar im Rathaus in Delmenhorst zu sehen. Weitere Informationen unter <http://www.polizeigeschichte-niedersachsen.de/>



Seit 2007 wird jeweils am 12. Februar der Red Hand Day in vielen Ländern der Welt begangen. Es ist der Tag, an dem an

das Schicksal von Kindersoldaten erinnert wird. Weltweit sind noch 250.000 Kindersoldaten im Kriegsgebiet im Einsatz. Als sichtbares Zeichen der Solidarität werden rote Handabdrücke gesammelt, die dann an Verantwortliche übergeben werden, unter anderem an den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, den deutschen Außenminister Frank Walter Steinmeier und den Bundespräsidenten Joachim Gauck. Rechtzeitig vor dem 12. Februar war eine Delegation von Schülerinnen und Schülern aus der IGS Delmenhorst im Wahlkreisbüro und hat meinen roten Handabdruck geholt.



Dieses Mal folgt eine weitere Sitzungswoche in Berlin, da bleibt für Wahlkreistermine wenig Zeit.

am Freitag, den 14.2. ist Büttensabend in Ganderkesee, es ist schließlich Faschingszeit

Die Ratsfraktion trifft sich am Samstag, den 15. Februar zur Haushaltsklausur

am Samstag außerdem ein Gespräch mit dem Bürgermeisterkandidaten Christoph Hartz und Wirtschaftsminister Olaf Lies zu verkehrspolitischen Themen wie z. B. die B 211

und dann heißt es schon wieder Koffer packen, am Montag fahre ich zurück nach Berlin